Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Was wäre, wenn? Politiker und Medien im Westen sollten sich fragen, ob sie wirklich eine russische Niederlage wollen
2. Noch’n Update der geupdateten Updates: Weitere Milliarden für die Ukraine
3. Ein Aufstand gegen den Truppenzuschlag – wie schön
4. Mit Schulstreiks und Kriegsdienstverweigerung gegen verpflichtenden Wehrdienst
5. Es ist an der Zeit, dass Israel den Preis dafür zahlt
6. Amerikas „Unabhängigkeit“ feiert 250 Jahre Chauvinismus und Völkermord
7. Ein Zeichen der Schwäche
8. Die Geschichte von Frontex: Milliardenbudget und tausende, teils bewaffnete Einsatzkräfte
9. Lukrativer US-Deal mit Kasachstan enthüllt: Trumps Söhne profitieren erneut von milliardenschwerem Staatsgeschäft
10. S21 soll um weitere drei Milliarden Euro teurer werden
11. Bericht: 14 Monate Elterngeld künftig nur bei hälftiger Aufteilung der Partnermonate
12. Studienfinanzierung: Merz zeigt sich bei geplanter Bafög-Reform zuversichtlich
13. #NDRfragt: Steigende Preise verstärken Sorgen um die Zukunft
14. Gewerkschaftsarbeit unter Lebensgefahr
15. Faktencheckerbranche im Niedergang
16. KI-Firmen kaufen Antiquariate leer – und vernichten die Bücher

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Was wäre, wenn? Politiker und Medien im Westen sollten sich fragen, ob sie wirklich eine russische Niederlage wollen**
   Die ukrainischen Langstreckenangriffe zeigen Wirkung und westliche Medien freuen sich, weil sich im Krieg gegen Russland angeblich das Blatt wendet. Aber haben sie sich je gefragt, was passieren würde, wenn ihr Wunschtraum einer strategischen Niederlage Russlands Wahrheit wird? […]
   Wenn ich so etwas lese, dann frage ich mich immer, ob die westlichen Schreiberlinge und Politiker, die das von sich geben, den Gedanken auch zu Ende gedacht haben. Wissen die eigentlich, was passieren würde, wenn Russland tatsächlich die von ihnen ersehnte strategische Niederlage erleidet und den Krieg entweder militärisch verliert, oder die Regierung gestürzt wird? Offenbar nicht, denn wenn sie es wüssten, würden sie sich das sicher nicht wünschen.
   Quelle: Anti-Spiegel

   dazu: **Ukraine-Krieg: Russlands Hardliner fordern den Atomschlag**
   Nach den schweren Angriffen auf Moskau fordern Kreml-Hardliner den Einsatz von Atomwaffen. Gerät Wladimir Putin jetzt unter Zugzwang?
   Wer in diesen Tagen Bilder aus Russland in den Medien sieht, sieht etwa schwarzen Rauch über der Moskauer Skyline oder brennende Tanks in Wolgograd. Und in zahlreichen Berichten heißt es, die Lage auf der Krim verschlechtere sich für die Bevölkerung.
   Dass der Krieg in der Ukraine einmal eine solche Wendung nehmen würde, hatte man sich im Kreml wohl nicht vorgestellt. Da es nun aber soweit gekommen ist, wächst der Druck auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin: Einflussreiche Nationalisten rufen laut Reuters dazu auf, den Krieg massiv zu eskalieren – und auch Atomwaffen einzusetzen.
   Quelle: Telepolis

2. **Noch'n Update der geupdateten Updates: Weitere Milliarden für die Ukraine**
   Der Entwurf der NATO-Gipfelerklärung für den 7./8. Juli in Ankara sieht (auf Initiative Deutschlands) neue Militärhilfen in Höhe von 70 Milliarden für die Ukraine vor: 30 Mrd. aus beschlossenem EU-Kreditprogramm, 40 Mrd. bilaterale Zusagen von NATO-Staaten.
   Ohne Zuhilfenahme von KI kann ein normaler Bürger bald nicht mehr dahinterkommen, was für Unsummen sukzessive aus der EU in die Ukraine fließen – in ein potemkinsches Kaputtnikkonstrukt, bei dem Staat & Militär nach Angabe des poln. Außenministers Sikorski aus sich heraus überhaupt nicht mehr lebensfähg sind.
   Da die US-Amerikaner nicht mehr zahlen, sondern nur noch (Rüstungs-)Aufträge

entgegennehmen, sollten Europäer sich besser an Meldungen dieser Art in akzelerierendem Takt gewöhnen – jährlich, monatlich, wöchentlich, täglich, stündlich! -, während ihre eigenen Staaten im selben Takt vor die Hunde gehen.
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

3. **Ein Aufstand gegen den Truppenzuschlag – wie schön**
Kaum will die deutsche Armee etwas haben, verteuert es sich auf schwindelerregende Weise. Endlich fällt das den Abgeordneten auf.
Dem rheinisch schwingenden, leicht rauen Singsang von Annette Lehnigk-Emden höre ich gern zu. Die Chefin des Beschaffungsamts der Bundeswehr (die Abkürzung lautet BAAINBw, die aufgelöste Version davon wollen Sie hier nicht lesen) spricht sowieso sehr nachvollziehbar davon, wie schön ihr Beruf geworden ist: „Wir können einfach mal kaufen“, sagte sie im Frühjahr im Radiointerview und schob nach: „Die Dinge kaufen, die die Truppe braucht, um einsatzfähig zu werden.“
Quelle: taz

dazu auch: **Im Rüstungsrausch verschwendet Deutschland Milliarden**
Deutschland investiert Milliarden in die Bundeswehr. Doch mit dem Tempo wachsen auch Kosten, Risiken und die Abhängigkeit von Konzernen.
Mit dem Abbruch des Marineprojekts F126 ist jetzt eines der teuersten Beschaffungsdebakel der Bundeswehr zu Ende gegangen. Nach Angaben von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) wurden bereits rund 2,3 Milliarden Euro ausgegeben. Wäre das Fregatten-Projekt fortgesetzt worden, hätten die Kosten statt auf zehn auf mehr als 18 Milliarden Euro steigen können. Stattdessen soll nun ein kleinerer Fregattentyp beschafft werden.
Der Fall ist mehr als ein gescheitertes Marineprojekt. Er fällt in eine Zeit, in der Deutschland so viel Geld für Verteidigung bereitstellt wie nie zuvor.
Quelle: Focus Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Milliarden verschwendet? Kein Problem, Deutschland hat’s ja. Das Geld wird halt bei Arbeitslosen, Studenten, Pflege- und Krankenhauspatienten und bei den Rentnern eingespart – zumindest, solange die sich das noch bieten lassen.*

4. **Mit Schulstreiks und Kriegsdienstverweigerung gegen verpflichtenden Wehrdienst**
Das Säbelrasseln unserer Kriegstreiber nimmt immer mehr Fahrt auf. Wieder einmal wollen deutsche Politiker den „bösen Russen“, beziehungsweise den „Autokraten Putin“ oder gar „Diktator Putin“, niederringen und besiegen. Ungeachtet der verheerenden Folgen zweier Weltkriege und der Tatsache, dass laut Statista im

Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion 24 Millionen Menschen, davon die Mehrzahl Zivilisten, durch deutsche Soldaten ums Leben kamen. Die Sowjetunion war damit das Land, das weltmeist die meisten Kriegstoten zu beklagen hatte, gefolgt von China, das infolge des grausamen japanischen Wütens zwanzig Millionen Menschen, davon rund 17 Millionen Zivilisten, betrauern musste.
Quelle: Gela-News

5. **Es ist an der Zeit, dass Israel den Preis dafür zahlt**
Patrick Lawrence, unser Kolumnist aus den USA, macht darauf aufmerksam, dass Israel sich zu sehr und zu lange auf die grenzenlose Unterstützung der USA verlassen hat. Jetzt kommt die Zeit, so argumentiert er, wo Israel für diese egozentrische Fahrlässigkeit zahlen muss.
Wenn ich mir das Chaos anschaue, das das Apartheid-Israel bei sich selbst, in Westasien, in seinen Beziehungen zum Rest der Welt und – vor allem – bei der „bedingungslosen Unterstützung“ angerichtet hat, die es lange Zeit von den USA genossen hat, kommt mir seltsamerweise eine alte Werbung in den Sinn, die unter Amerikanern nach wie vor berühmt ist. Sie warb für Alka-Seltzer, das Mittel gegen Verdauungsbeschwerden, und zeigte einen korpulenten Mann, der nach einem Anfall unkluger Völlerei elend aussah. Es war ein 30-Sekunden-Spot, der vor mehr als einem halben Jahrhundert lief, doch der Slogan hat noch immer einen Platz im kollektiven Gedächtnis der Amerikaner: „Ich kann nicht glauben, dass ich das ganze Ding gegessen habe!“, stöhnt der reumütige Vielfraß.
Quelle: Globalbridge

dazu auch: **Israel steht unter der Last seiner eigenen Kriege vor einem beispiellosen psychischen Zusammenbruch**
Ein beispielloser psychischer Zusammenbruch erschüttert die israelische Gesellschaft, da die anhaltende israelische Aggression eine massive Welle von posttraumatischen Belastungsstörungen, häuslicher Gewalt und Selbstmorden auslöst.
Laut Daten des Nationalen Versicherungsinstituts und des israelischen Kriegsministeriums, die von „Haaretz“ veröffentlicht wurden, ist die Zahl der Menschen, bei denen „kriegsbedingte“ psychische Beeinträchtigungen anerkannt wurden, in den letzten drei Jahren um das Zehnfache in die Höhe geschnellt – von rund 6.400 auf mehr als 69.000.
Experten warnen, dass der aktuelle Anstieg nur die „Spitze des Eisbergs“ darstellt, da Hunderttausende von Kriegsveteranen und Siedlern verzögerte traumatische Reaktionen zeigen, die wie gesellschaftliche „tickende Zeitbomben“ wirken.
Quelle: Seniora.org

6. **Amerikas „Unabhängigkeit“ feiert 250 Jahre Chauvinismus und Völkermord**
   Der Mythos der US-amerikanischen Freiheit, der von nationalistischen Historikern, Politikern und den Mainstream-Medien immer wieder erzählt wird, verschleiert die Sklaverei, die Enteignung und die Vorherrschaft der Weißen, auf denen die Republik aufgebaut wurde.
   Der amerikanische Chauvinismus bleibt die vorherrschende Ideologie der Vereinigten Staaten, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite des politischen Spektrums und in der Mitte. Der bevorstehende 250. Jahrestag der Unabhängigkeit, den das Land am 4. Juli 2026 feiern wird, ist ein weiterer Anlass, den Ultranationalismus Amerikas zum Ausdruck zu bringen und die schmutzige Geschichte des Landes, geprägt von Unterdrückung und Völkermord, als eine Geschichte der „Freiheit“ umzuschreiben.
   Quelle: Globale Gleicheit
7. **Ein Zeichen der Schwäche**
   Die EU verzichtet vorläufig auf Strafzölle und andere Maßnahmen gegen Importe aus China und will mit Beijing bis Oktober eine Lösung im Streit um ihr zunehmendes Handelsdefizit gegenüber der Volksrepublik finden. Dies bestätigte EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič am Montag nach intensiven Gesprächen mit Chinas Handelsminister Wang Wentao in Brüssel. Ursache für den Streit ist, dass die Volksrepublik ihre Ausfuhren in die EU deutlich steigert, während zugleich die Exportkraft Deutschlands und der EU sinkt. Laut einer Studie des Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) liegt das überwiegend an mangelnden Investitionen in Innovation in der Bundesrepublik. Berlin dagegen behauptet, die deutsche Wirtschaft sei Opfer chinesischer Subventionen und einer massiv unterbewerteten chinesischen Währung. Während Bundeskanzler Friedrich Merz kürzlich drohte, scharfe Maßnahmen gegen Beijing einzuleiten, warnen Experten, die EU werde einen Wirtschaftskrieg gegen China vermutlich verlieren; das habe kürzlich ein Planspiel ergeben, bei dem Experten eine Eskalation des Handelskonfliktes ausgetestet hätten. Demnach ist der aktuelle Verzicht der EU auf Strafzölle ein Zeichen der Schwäche.
   Quelle: German Foreign Policy
8. **Die Geschichte von Frontex: Milliardenbudget und tausende, teils bewaffnete Einsatzkräfte**
   Frontex wurde in den vergangenen Jahren von einer Agentur, die primär die EU-Staaten unterstützen sollte, zu einer eigenen EU-Grenzschutzagentur mit Milliardenbudget ausgebaut. Mittlerweile verfügt die Agentur über tausende, teils bewaffnete Einsatzkräfte. Gleichzeitig steht Frontex seit Jahren in der Kritik: So sollen die Einsatzkräfte mehrfach EU-Recht gebrochen und illegale Pushbacks nicht verhindert, sondern sogar ermöglicht haben. Gegen einen Ex-Direktor von Frontex

wird von der französischen Justiz deshalb ermittelt. Mit der neuen GEAS-Reform (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) der EU soll Frontex noch mehr ausgebaut werden.
Quelle: kontrast.at

9. **Lukrativer US-Deal mit Kasachstan enthüllt: Trumps Söhne profitieren erneut von milliardenschwerem Staatsgeschäft**
Die Familie des US-Präsidenten hat dank seines Amtes inzwischen Rekordsummen verdient. Nun kommt ein weiterer Deal dazu. Zwei US-Experten über die politische und wirtschaftliche Dimension des Vorgangs.
Die Familie des selbst erklärten „Dealmakers“ Donald Trump profitiert wirtschaftlich offenbar noch mehr als bisher bekannt von seinem Amt als US-Präsident. Einer aktuellen Recherche der „New York Times“ zufolge hat die US-Regierung im vergangenen Jahr mit Kasachstan einen milliardenschweren Vertrag über den Abbau des militärstrategisch wichtigen Metalls Wolfram vereinbart, an dem auch Trumps Familie beteiligt ist.
Quelle: Tagesspiegel
10. **S21 soll um weitere drei Milliarden Euro teurer werden**
14,5 Milliarden Euro könnten es werden: Die Deutsche Bahn muss bei Stuttgart 21 Berichten zufolge noch mal kräftig drauflegen. Die Eröffnung soll 2031 stattfinden. Nach der Verschiebung der Eröffnung des neuen Stuttgarter Tiefbahnhofs um fünf Jahre sollen auch die Kosten für das Projekt Stuttgart 21 weiter steigen. Nach Informationen der Nachrichtenagentur dpa rechnet die Bahn mit Mehrkosten in Höhe von etwa drei Milliarden Euro. Damit würden sich die Gesamtkosten auf etwa 14,5 Milliarden Euro erhöhen. Zuvor hatten bereits mehrere Medien über die Kostensteigerung berichtet.
Quelle: Zeit Online
11. **Bericht: 14 Monate Elterngeld künftig nur bei hälftiger Aufteilung der Partnermonate**
Familienministerin Prien plant offenbar eine Verschärfung beim Elterngeld.
Nach Informationen des RedaktionsNetzwerks Deutschland soll es für Paare künftig nur dann möglich sein, die vollen 14 Monate Elterngeld zu beziehen, wenn beide Partner je sieben Monate Elternzeit nehmen. Bisher gibt es 14 Monate Elterngeld, wenn ein Elternteil mindestens zwei Monate davon bezieht – in der Regel ist das der Vater. Mehr als zwei Monate nehmen nur wenige Männer. In Koalitionskreisen wurde laut Redaktionsnetzwerk betont, dass die Verhandlungen noch laufen und es sich auch um eine Maßnahme für mehr Gleichstellung handele. Tatsächlich würde die Einführung eines hälftigen Elterngeldes aber vor allem dem Ministerium Geld sparen.
Quelle: Deutschlandfunk

12. **Studienfinanzierung: Merz zeigt sich bei geplanter Bafög-Reform zuversichtlich**
Monatelang rang die Koalition um die geplante Bafög-Reform, jetzt verspricht Friedrich Merz eine baldige Lösung. Der Kanzler müsse nun sein Wort halten und den »Zick-Zack-Kurs« beenden, drängt das Deutsche Studierendenwerk.
Die geplante Bafög-Reform, man kann es nicht anders sagen, ist ein Drama in vielen Akten: Anfang des Jahres stritten Union und SPD erst monatelang über die Finanzierung der Reform, dann verkündete man Ende April stolz eine Einigung. Diese wurde schließlich erst von Unionsfraktionschef Jens Spahn und später von Forschungsministerin Dorothee Bär wieder infrage gestellt.
Nun könnte das Zerren um die Reform doch bald zu Ende sein. So hat es zumindest Bundeskanzler Friedrich Merz bei einer Regierungsbefragung angekündigt:
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Ganz schön mutig, der Herr Bundeskanzler. Immerhin geht es um 130 bis 200 Millionen Euro mehr pro Jahr, und woher sollen die kommen? Ganz sicher nicht aus dem Verteidigungshaushalt (> 100 Milliarden Euro jährlich) oder von den zig Milliarden teuren Unternehmenssteuergeschenken. Oder gar durch die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer für Großvermögen (mehrere Milliarden Euro pro Jahr) oder das Wiederaufleben der Vermögensteuer (zig Milliarden Euro pro Jahr). Puh, 130 Millionen Euro pro Jahr in den Patschhändchen von Studenten? Dazu heißt es: »Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt«.*

13. **#NDRfragt: Steigende Preise verstärken Sorgen um die Zukunft**
Lebensmittel, Energie, Mieten – vieles ist in den vergangenen Jahren teurer geworden. Laut einer #NDRfragt-Umfrage hat sich dadurch die finanzielle Lage vieler Menschen in Norddeutschland verschlechtert.
“Wenn man einkaufen geht, hat man gerade mal die Hälfte im Wagen und zahlt das gleiche wie vorher für deutlich weniger Lebensmittel. Wie soll man da noch auf gesunde Sachen achten?” Das fragt sich nicht nur Jessica (46) aus Dithmarschen. In einer aktuellen Umfrage von #NDRfragt geben zwei Drittel der Befragten an, dass sich ihre finanzielle Situation in den vergangenen Jahren verschlechtert hat. Jeder Vierte berichtet sogar von einer deutlichen Verschlechterung.
Quelle: NDR
14. **Gewerkschaftsarbeit unter Lebensgefahr**
Gewerkschafter leben in Kolumbien gefährlich. Doch die Gewerkschaft Sinaltrainal lässt sich nicht einschüchtern. Sie kämpft für die Arbeitsrechte und die Sicherheit der

Nestlé-Mitarbeitenden. work hat mit Sinaltrainal-Chef Carlos Soto bei einem Besuch in der Schweiz gesprochen.
Quelle: work

15. **Faktencheckerbranche im Niedergang**
Auf dem internationalen Treffen der Faktenchecker-Organisationen GlobalFact 2026 beklagte die Szene einen rückläufigen Geldzufluss und zunehmenden politischen Gegenwind. Die Folge ist, dass deutlich mehr dieser halboffiziellen Wahrheitskontrolleure dicht machen als neue hinzukommen.
Die jährlichen Konferenzen werden von der Organisation International Fact Checking Network (IFCN) aus den USA organisiert. Dieses Jahr fand sie am 18 Juni in Vilnius, Litauen, statt.
Gegenüber dem bisher höchsten Wert im Jahr 2024 von 464 ist die Anzahl der aktiven Faktencheckerorganisationen weltweit bis Mitte 2026 um 27 oder 6% auf 437 zurückgegangen. Drei Viertel beklagten nach einer Umfrage des IFCN eine prekäre oder krisenhafte Finanzlage, die Hälfte berichtete über rückläufige Einnahmen und ein Drittel musste die Belegschaft reduzieren.
Eine wichtige Rolle dabei schrieben die Teilnehmer der Konferenz der Entscheidung von Meta Anfang 2025 zu, in den USA nicht mehr mit Faktencheckern zusammenzuarbeiten. Die sozialen Medienplattformen glänzten zum Bedauern der Veranstalter in Vilnius durch Abwesenheit.
Quelle: Norbert Häring
16. **KI-Firmen kaufen Antiquariate leer – und vernichten die Bücher**
Palettenweise wandern Sachbücher und Romane aus europäischen Antiquariaten in die USA. Dahinter stecken mutmasslich KI-Unternehmen: Sie nutzen gedruckte Bücher als Rohdaten für ihre Sprachmodelle – und werfen sie nach dem Scannen in die Tonne. Ein wichtiges Kulturgut geht dadurch verloren.
Ab Anfang Mai trafen bei einem deutschen Online-Antiquariat jeweils nachts zwischen drei und fünf Uhr massive Aufträge ein – automatisiert, systematisch. Der Händler bemerkte das – und tauschte sich mit Kollegen aus. Und siehe da: In einem Online-Forum für Antiquare häuften sich identische Berichte.
Quelle: SRF